



, 17

Vorsorgereglement

GÜLTIG AB 1. JANUAR 2017

BEZEICHNUNGEN

In diesem Reglement werden folgende Begriffe und Abkürzungen verwendet:

A ► ALLGEMEINES

Aktiv-Versicherte	Gemäss diesem Reglement versicherte Mitarbeiter
Massgebliches Alter	Differenz zwischen dem laufenden Kalender- und dem Geburtsjahr (BVG-Alter)
Koordinationsbetrag	Der zur Koordination mit den Leistungen der AHV/IV nicht versicherte Teil des anrechenbaren Lohns
Mitglieder	Rentnerinnen und Rentner sowie Aktiv-Versicherte der Pensionskasse Schaffhausen
Ordentliches Rentenalter	Zurückgelegtes 65. Altersjahr
Pensionskasse	Pensionskasse Schaffhausen
Anrechenbare Besoldung	AHV-Bruttolohn
Versicherte Besoldung	Die um den Koordinationsbetrag verminderte anrechenbare Besoldung
WEF	Wohneigentumsförderung mit Mitteln der beruflichen Vorsorge
Zusatzsparkonto	Separates Konto zur Finanzierung der vorzeitigen Pensionierung resp. der Überbrückungsrente

B ► GESETZE UND VERORDNUNGEN

AHVG	Bundesgesetz über die Alters- und Hinterlassenenversicherung (SR 831.10)
BVG	Bundesgesetz über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (SR 831.40)
BVV2	Verordnung über die berufliche Alters-,Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (SR 831.441.1)
FZG	Bundesgesetz über die Freizügigkeit in der beruflichen Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (SR 831.42)
IVG	Bundesgesetz über die Invalidenversicherung (SR 831.20)
MVG	Bundesgesetz über die Militärversicherung (SR 833.1)
PKG	Pensionskassengesetz vom 10. Juni 2013 bez. der Pensionskasse Schaffhausen (SHR 185.100)
OR	Schweizerisches Obligationenrecht (SR 220)
UVG	Bundesgesetz über die Unfallversicherung (SR832.20)
ZGB	Schweizerisches Zivilgesetzbuch (SR 210)

Von der Verwaltungskommission genehmigt:	16.11.2016
Gültig ab:	01.01.2017
Ersetzt Vorsorgereglement vom	16.09.2015 (gültig ab 01.01.2016)

Inhaltsverzeichnis

1. ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN	7
Art. 1 Rechtsnatur und Zweck	7
Art. 2 Eingetragene Partnerschaft	7
Art. 3 Anschlussverträge	7
Art. 4 Beitrittspflicht	7
Art. 5 Beitrittsrecht	8
Art. 6 Eintritt	8
Art. 7 Ende der Versicherungspflicht	8
Art. 8 Weiterversicherung des bisherigen Verdienstes	9
Art. 9 Unbezahlter Urlaub	9
Art. 10 Gebühren	9
Art. 11 Geschäftsbericht	10
Art. 12 Informations- und Mitwirkungspflicht der Mitglieder	10
Art. 13 Meldepflicht der Arbeitgeber	10
Art. 14 Folgen unterlassener Meldungen	10
Art. 15 Informationspflicht der Pensionskasse	11
Art. 16 Versicherungstechnische Tabellen	11
2. FINANZIERUNG	11
Art. 17 Beschaffung der Mittel	11
Art. 18 Anrechenbare und versicherte Besoldung	11
Art. 19 Vorsorgepläne	12
Art. 20 Beiträge	13
Art. 21 Altersguthaben	13
Art. 22 Altersgutschriften	13
Art. 23 Richtwerte	13
Art. 24 Einlagen zur Erhöhung des Altersguthabens	14
Art. 25 Zusatzsparkonto	15
Art. 26 Verwendung des Zusatzsparkontos	15
Art. 27 Deckungsgrad	16
Art. 28 Massnahmen bei Unterdeckung	16
3. VERSICHERUNGSLEISTUNGEN	16
▶ A GEMEINSAME BESTIMMUNGEN	16
Art. 29 Leistungen	16
Art. 30 Geltendmachung von Ansprüchen	16
Art. 31 Verrechnung ausstehender Beiträge	17
Art. 32 Fälligkeit der Renten	17

Art. 33 Barabgeltung	17
Art. 34 Überversicherung	17
Art. 35 Verlust der Versicherungsansprüche	18
Art. 36 Schadenersatzforderungen	18
▶ B ALTERSRENTEN	19
Art. 37 Altersrente	19
Art. 38 Teilaltersrente	19
Art. 39 Kapitalauszahlung	20
Art. 40 Überbrückungsrente	20
▶ C INVALIDENRENTE	20
Art. 41 Anspruch	20
Art. 42 Höhe	20
Art. 43 Härtefälle	21
Art. 44 Beginn und Ende	21
Art. 45 Teilinvalidität	22
▶ D EHEGATTENRENTE	22
Art. 46 Anspruch	22
Art. 47 Höhe	22
Art. 48 Beginn und Ende	23
Art. 49 Kürzung der Ehegattenrente	23
Art. 50 Geschiedene Ehe	23
▶ E LEBENSPARTNERRENTE	24
Art. 51 Anspruch	24
Art. 52 Höhe	24
Art. 53 Beginn und Ende	24
Art. 54 Kürzung der Lebenspartnerrente	24
▶ F KINDER- UND WAISENRENTEN	25
Art. 55 Anspruch	25
Art. 56 Höhe	25
Art. 57 Beginn und Ende	25
▶ G TODESFALLKAPITAL	25
Art. 58 Todesfallkapital	25
▶ H INDEXZULAGEN	26
Art. 59 Indexfonds	26
Art. 60 Indexzulagen	26

4. AUSTRITTSLEISTUNGEN	27
▶ A AUSTRITT	27
Art. 61 Austritt	27
Art. 62 Überweisung der Freizügigkeitsleistung	28
Art. 63 Barauszahlung der Freizügigkeitsleistung	28
▶ B WOHNHEIGENTUMSFÖRDERUNG	28
Art. 64 Wohneigentumsförderung (WEF)	28
Art. 65 Vorbezug	29
Art. 66 Rückzahlung	29
Art. 67 Verpfändung	29
▶ C SCHEIDUNG	30
Art. 68 Scheidung	30
5. ORGANISATION UND VERWALTUNG	30
Art. 69 Verwaltungskommission	30
Art. 70 Versicherungstechnische Grundlagen	31
6. SCHLUSSBESTIMMUNGEN	31
Art. 71 Rechtspflege	31
Art. 72 Lücken im Reglement	31
Art. 73 Teil- und Gesamtliquidation	31
Art. 74 Künftige Änderungen	32
Art. 75 Einzelversicherungen	32
Art. 76 Inkrafttreten	32
7. VERSICHERUNGSTECHNISCHE TABELLEN	33
I Höhe der Risiko- und der Sparbeiträge	33
II Höhe der Altersgutschriften	34
III Höhe der Richtwerte	34
IV Modellannahmen	35
V Höhe der Umwandlungssätze	35
VI Höhe der Stabilisierungsbeiträge	36
VII Abzüge für Überbrückungsrenten	36
VIII Vorfinanzierung der Überbrückungsrente	36
IX Scheidung im Vorsorgefall (Vorsorgeausgleich)	37

Die Personenbezeichnungen in diesem Vorsorgereglement beziehen sich auf Personen beider Geschlechter.

1. Allgemeine Bestimmungen

ART. 1 RECHTSNATUR UND ZWECK

- 1 Die Pensionskasse Schaffhausen, nachstehend Pensionskasse genannt, ist eine selbständige Anstalt des kantonalen öffentlichen Rechts mit eigener Rechtspersönlichkeit und Sitz in Schaffhausen.
- 2 Die Pensionskasse ist eine registrierte Vorsorgeeinrichtung gemäss dem Bundesgesetz über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (BVG) vom 25. Juni 1982 und führt im Rahmen der bundesrechtlichen Vorschriften und des Pensionskassengesetzes die berufliche Vorsorge für ihre Mitglieder durch.
- 3 Die Mindestleistungen gemäss BVG sind in jedem Fall garantiert.

ART. 2 EINGETRAGENE PARTNERSCHAFT

Die eingetragene Partnerschaft im Sinne des Bundesgesetzes über die eingetragene Partnerschaft vom 18. Juni 2004 (Partnerschaftsgesetz) ist in diesem Reglement der Ehe gleichgestellt. Die gerichtliche Auflösung einer eingetragenen Partnerschaft entspricht der Scheidung.

ART. 3 ANSCHLUSSVERTRÄGE

- 1 Die Verwaltungskommission kann Anschlussverträge abschliessen mit:
 - a) öffentlich-rechtlichen Körperschaften und Anstalten mit Sitz im Kanton Schaffhausen;
 - b) privatrechtlichen juristischen Personen, an denen der Kanton oder eine angeschlossene Körperschaft oder Anstalt des öffentlichen Rechts massgeblich beteiligt ist oder die öffentliche oder gemeinnützige Aufgaben erfüllen, die im öffentlichen Interesse stehen.
- 2 Die mit Anschlussvertrag Versicherten sind Kassenmitglieder mit allen Rechten und Pflichten.

ART. 4 BEITRITTSVERPFLICHTUNG

- 1 Für Arbeitnehmende des Kantons oder eines angeschlossenen Arbeitgebers, welche die Voraussetzungen von Art. 7 BVG erfüllen, ist der Beitritt zur Pensionskasse obligatorisch.

- 2 Die Versicherungspflicht richtet sich nach dem BVG. Im Anschlussvertrag
 - a) können eindeutig definierte Personalgruppen, die bei einer anderen Vorsorgeeinrichtung im Rahmen der beruflichen Vorsorge versichert sind, von der Versicherungspflicht bei der Pensionskasse ausgenommen werden;
 - b) kann die für die Versicherungspflicht massgebende untere Einkommensgrenze herabgesetzt werden.
- 3 Nicht versichert werden:
 - a) Arbeitnehmende mit einem befristeten Arbeitsvertrag von höchstens drei Monaten; wird das Arbeitsverhältnis ohne Unterbruch über die Dauer von drei Monaten hinaus verlängert, besteht die Versicherung von dem Zeitpunkt an, in dem die Verlängerung vereinbart wurde; im Übrigen gilt Art. 1k BVV2;
 - b) Löhne von Aktiv-Versicherten von nicht der Pensionskasse angeschlossenen Arbeitgebern.

ART. 5 BEITRITTSRECHT

- 1 Arbeitnehmende mit mehreren Arbeitgebern, deren Gesamteinkommen, welches beim Kanton und den angeschlossenen Arbeitgebern erzielt wird, die Voraussetzungen für einen Beitritt erfüllt, können eine Versicherung bei der Pensionskasse verlangen.
- 2 Für Arbeitnehmende, die bereits anderweitig für eine hauptberufliche Erwerbstätigkeit obligatorisch versichert sind oder im Hauptberuf eine selbständige Erwerbstätigkeit ausüben, ist der Beitritt fakultativ.

ART. 6 EINTRITT

- 1 Der Eintritt in die Pensionskasse erfolgt mit dem Beginn des Arbeitsverhältnisses.
- 2 Die Aktiv-Versicherten erhalten eine Eintrittsabrechnung, aus welcher die versicherte Besoldung, die Beiträge, die anwartschaftlichen Rentenleistungen und der mögliche Einkauf auf den Richtwert gemäss Tabelle III des Abschnitts «Versicherungstechnische Tabellen» ersichtlich sind.
- 3 Freizügigkeitsleistungen aus früheren Vorsorge- oder Freizügigkeitseinrichtungen müssen an die Pensionskasse übertragen werden. Sie werden für den Einkauf auf den Richtwert verwendet und dem Altersguthaben gutgeschrieben.

ART. 7 ENDE DER VERSICHERUNGSPFLICHT

- 1 Die Versicherungspflicht endet:
 - a) mit der Beendigung des Arbeitsverhältnisses, wenn kein Anspruch auf eine Versicherungsleistung entsteht;
 - b) bei bestehendem Arbeitsverhältnis, wenn die Jahresbesoldung unter den Mindestlohn nach BVG fällt, vorbehaltlich Art. 4 Abs. 2 lit. b;

- c) mit der Auflösung des Anschlussvertrages zwischen der Pensionskasse und dem Arbeitgeber;
 - d) mit Vollendung des 65. Altersjahres.
- 2 Die Aktiv-Versicherten bleiben bis zum Beginn eines neuen Versicherungsverhältnisses, längstens aber während eines Monats nach dem Austritt aus der Pensionskasse ohne Beitragspflicht für die Risiken Invalidität und Tod versichert.

ART. 8 WEITERVERSICHERUNG DES BISHERIGEN VERDIENSTES

- 1 Aktiv-Versicherte, deren Lohn sich nach dem zurückgelegten 58. Altersjahr bei einem Arbeitgeber um höchstens die Hälfte reduziert, können ihre Vorsorge längstens bis zum ordentlichen Rentenalter für den bisherigen versicherten Verdienst weiterführen.
- 2 Für die Bestimmung der Höhe der Reduktion ist der Bruttolohn unmittelbar vor der ersten Reduktion, die zur Weiterversicherung des bisherigen Verdienstes führte, massgebend.
- 3 Alle Beiträge für die Weiterversicherung des bisherigen versicherten Verdienstes gehen zu Lasten der Versicherten. Der Arbeitgeber kann freiwillige Beiträge zuzahlen. Das Inkasso erfolgt durch den Arbeitgeber.

ART. 9 UNBEZAHLTER URLAUB

- 1 Während eines unbezahlten Urlaubs wird die Versicherung für die Risiken Tod und Invalidität mit den vor Beginn des Urlaubs versicherten Leistungen längstens während zweier Jahre weitergeführt.
- 2 Die Risiko- und die Stabilisierungsbeiträge sind von den Arbeitnehmenden und von den Arbeitgebern in entsprechender Höhe geschuldet.
- 3 Auf Wunsch der versicherten Person wird der Sparprozess während des unbezahlten Urlaubs zusätzlich zur Risikoversicherung gemäss Abs. 1 unverändert weitergeführt.
- 4 Die auf der Grundlage des letzten versicherten Lohns vor dem unbezahlten Urlaub festgelegten Sparbeiträge gehen ganz zulasten der versicherten Person. Das Inkasso erfolgt durch den Arbeitgeber.

ART. 10 GEBÜHREN

- 1 Für die Ausrichtung der Übergangsrenten und der Indexzulagen zulasten der Arbeitgeber werden von den Arbeitgebern Gebühren in der Höhe von 2% der ausbezahlten Summe verlangt.

- 2 Für die Bearbeitung eines WEF-Bezugs oder einer Verpfändung werden Gebühren von CHF 200.- und für ausserordentliche Aufwendungen wie aufwändige Berechnungen und Offerten sowie aufwändige Datenrecherchen oder Datenbekanntgaben werden Gebühren von max. CHF 300.- pro Fall erhoben.

ART. 11 **GESCHÄFTSBERICHT**

Der Geschäftsbericht der Pensionskasse wird der Delegiertenversammlung und dem Regierungsrat zuhänden des Kantonsrates zur Kenntnis gebracht.

ART. 12 **INFORMATIONEN- UND MITWIRKUNGSPFLICHT DER MITGLIEDER**

- 1 Mitglieder oder ihre Hinterbliebenen haben bei der Durchführung der beruflichen Vorsorge mitzuwirken und sind verpflichtet, der Verwaltung alle erforderlichen Auskünfte zu erteilen und alle erforderlichen Informationen rechtzeitig der Pensionskasse zur Verfügung zu stellen. Die Verwaltung kann alle Unterlagen verlangen, die zum Nachweis von Ansprüchen erforderlich sind.
- 2 Personen, die Leistungen beziehen, ihre Angehörigen oder Dritte, denen die Leistung zukommt, haben die Pensionskasse unverzüglich über jede wesentliche Änderung in den für eine Leistung massgebenden Verhältnissen zu informieren.
- 3 Kommen die Mitglieder der Pensionskasse oder andere Personen, die Leistungen beanspruchen oder empfangen, den Informations- oder Mitwirkungspflichten in grobfahrlässiger Weise nicht nach, so kann die Pensionskasse entscheiden, auf das Leistungsgesuch nicht einzutreten oder die Ausrichtung von bereits zugesprochenen Leistungen zu sistieren. Vorbehalten bleibt zudem die Kürzung der Leistungen nach Art. 34 und 35 dieses Reglements.

ART. 13 **MELDEPFLICHT DER ARBEITGEBER**

Die Arbeitgeber liefern der Pensionskasse rechtzeitig die in ihrer Verantwortung liegenden und für die Abwicklung der Geschäftsvorfälle notwendigen Angaben und Unterlagen.

ART. 14 **FOLGEN UNTERLASSENER MELDUNGEN**

- 1 Alle in Missachtung der Bestimmungen dieses Reglements bezogenen Leistungen sind der Pensionskasse verzinst zum technischen Zinsfuss zurückzuerstatten.
- 2 Der Rückforderungsanspruch kann mit Ansprüchen der Mitglieder an die Pensionskasse verrechnet oder gegenüber den Erben geltend gemacht werden.
- 3 Die Verwaltungskommission kann in Härtefällen auf die Rückforderungsansprüche ganz oder teilweise verzichten.
- 4 Die Mitglieder und die Arbeitgeber haften für alle der Pensionskasse erwachsenen finanziellen Folgen unterlassener oder verspäteter Meldungen.

ART. 15 **INFORMATIONSPFLICHT DER PENSIONSKASSE**

- 1 Die Aktiv-Versicherten erhalten jährlich:
 - a) einen Versicherungsausweis, der sie über ihre Leistungsansprüche, den versicherten Lohn, die Beitragssätze, die Austrittsleistung und ihr Guthaben im Zusatzsparkonto informiert.
 - b) eine Kurzfassung des Geschäftsberichts mit Angaben über die Organisation und die Finanzierung sowie eine Liste der Mitglieder der Verwaltungskommission.
- 2 Im Freizügigkeitsfall erstellt die Pensionskasse eine Abrechnung über die Austrittsleistung und weist auf die gesetzlich und reglementarisch vorgesehenen Möglichkeiten der Erhaltung des Vorsorgeschatzes hin (Art. 8 FZG).

ART. 16 **VERSICHERUNGSTECHNISCHE TABELLEN**

Die Verwaltungskommission legt im Abschnitt «Versicherungstechnische Tabellen» dieses Reglements insbesondere folgende Elemente der Vorsorgepläne fest:

- I. Höhe der Risiko- und der Sparbeiträge der Aktiv-Versicherten und der Arbeitgeber im Rahmen des Pensionskassengesetzes;
- II. Höhe der Altersgutschriften;
- III. Höhe der Richtwerte;
- IV. Modellmässige Lohnentwicklung;
- V. Höhe der Umwandlungssätze;
- VI. Höhe der Stabilisierungsbeiträge;
- VII. Abzüge für Überbrückungsrente;
- VIII. Vorfinanzierung der Überbrückungsrente;

2. Finanzierung

ART. 17 **BESCHAFFUNG DER MITTEL**

Die zur Erfüllung der Kassenleistungen erforderlichen Mittel werden aufgebracht:

- a) durch Beiträge der Aktiv-Versicherten und der Arbeitgeber;
- b) durch Freizügigkeitseinlagen und Einlagen der Aktiv-Versicherten oder der Arbeitgeber;
- c) aus den Erträgen des Vermögens.

ART. 18 **ANRECHENBARE UND VERSICHERTE BESOLDUNG**

- 1 Die anrechenbare Besoldung richtet sich nach der AHV-pflichtigen Brutto-Jahresbesoldung, soweit sie bei einem der Pensionskasse angeschlossenen Arbeitgeber erzielt wird.

- 2 Die anrechenbare Besoldung darf, unter Vorbehalt von Art. 79c BVG, nicht höher sein als das 1,5fache der anrechenbaren Besoldung im Maximum des obersten Lohnbandes der kantonalen Lohnverordnung.
- 3 Lohnbestandteile, die nur gelegentlich anfallen, weil sie im Auszahlungsmodus oder in ihrer Höhe variieren, werden bei der Ermittlung der anrechenbaren Besoldung nicht berücksichtigt, nämlich:
 - a) Treueprämien und Dienstaltersgeschenke;
 - b) von der Leistung oder vom Geschäftsergebnis abhängige Prämien, Beteiligungen oder ähnliche Zuwendungen;
 - c) Vergütungen und Zuschläge für Überstunden oder Überzeitarbeit;
 - d) Abfindungen und andere Leistungen bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses; davon ausgenommen ist das Ruhegehalt ehemaliger Exekutivmitglieder;
 - e) Vergütungen für nicht bezogene Ferien bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses;
 - f) Inkonvenienzschädigungen für Nacht-, Wochenend- und Bereitschaftsdienst und ähnliche Schichtarbeiten;
 - g) Spezialdienstzulagen und Zulagen für vorübergehend übernommene zusätzliche Funktionen;
 - h) Zulagen mit Spesencharakter.
- 4 Die versicherte Besoldung entspricht der anrechenbaren Besoldung vermindert um den Koordinationsbetrag.
- 5 Der Koordinationsbetrag entspricht der maximalen AHV-Altersrente multipliziert mit dem Beschäftigungsgrad. Der Koordinationsbetrag darf nicht höher sein als die Hälfte der anrechenbaren Besoldung.
- 6 Bei teilinvalid Aktiv-Versicherten entspricht der Koordinationsbetrag höchstens der maximalen AHV-Altersrente, multipliziert mit dem Wert, der den Grad der Rentenberechtigung auf 100% ergänzt.
- 7 Die versicherte Besoldung wird auf ganze 100 Franken gerundet.

ART. 19

VORSORGEPLÄNE

- 1 Die Pensionskasse bietet zwei Vorsorgepläne an:
 - a) Vorsorgeplan Standard;
 - b) Vorsorgeplan Plus (ab dem massgeblichen Alter 41).
- 2 Die Aktiv-Versicherten können ab dem massgeblichen Alter 40 jeweils bis zum 10. Dezember wählen, nach welchem Vorsorgeplan sie ab dem Folgejahr Beiträge leisten wollen. Beim Eintritt kann ab dem massgeblichen Alter 41 der Vorsorgeplan Plus gewählt werden. Ohne Entscheid kommt der Vorsorgeplan Standard zur Anwendung.
- 3 Die Sparbeiträge der Arbeitnehmenden sind im Vorsorgeplan Plus so bemessen, dass sie zusammen mit den Risikobeiträgen dem Sparbeitrag der Arbeitgeber entsprechen.

ART. 20

BEITRÄGE

- 1 Die Höhe der Beiträge der Aktiv-Versicherten und der Arbeitgeber in Prozenten der versicherten Besoldung ist unter Berücksichtigung von Art. 12 Abs. 2 und Art. 13 PKG in der Tabelle I des Abschnitts «Versicherungstechnische Tabellen» festgelegt.
- 2 Die Arbeitgeber sind verpflichtet, die Mitgliederbeiträge zusammen mit den entsprechenden Arbeitgeberbeiträgen ohne Verzug, spätestens aber bis zum 5. Tag des folgenden Monats, an die Pensionskasse abzuliefern.
- 3 Zu spät bezahlte Beiträge sind gemäss OR zu verzinsen.

ART. 21

ALTERSGUTHABEN

- 1 Für Aktiv-Versicherte wird ein Alterssparkonto geführt, auf dem die Freizügigkeits-einlagen, Einlagen zur Rentenverbesserung und die Altersgutschriften verbucht werden. Der Saldo dieses Kontos ist das Altersguthaben und dient zur Bestimmung der Versicherungs- und Austrittsleistungen.
- 2 Die Höhe der Verzinsung des Altersguthabens wird von der Verwaltungskommission bestimmt.
- 3 Das Altersguthaben eines Invalidenrentners wird auf der Basis der letzten versicherten Besoldung für den Fall einer Reaktivierung weitergeführt.

ART. 22

ALTERSGUTSCHRIFTEN

- 1 Die Höhe der Altersgutschriften in Prozenten der versicherten Besoldung ist in der Tabelle II des Abschnitts «Versicherungstechnische Tabellen» festgelegt.
- 2 Am Ende des Kalenderjahres oder bei Beendigung der Versicherungspflicht werden dem Altersguthaben die Altersgutschriften ohne Zins gutgeschrieben.
- 3 Altersgutschriften werden für alle beitragspflichtigen Monate berechnet.

ART. 23

RICHTWERTE

- 1 In der Tabelle III des Abschnitts «Versicherungstechnische Tabellen» ist für jedes massgebliche Alter und für jeden Vorsorgeplan ein Richtwert für das maximal einkaufbare Altersguthaben definiert.
- 2 Die Richtwerte basieren auf der modellmässigen Lohnentwicklung, der massgeblichen Differenz zwischen der Verzinsung des Altersguthabens und der jährlichen generellen Lohnerhöhung der Staatsangestellten und den Altersgutschriften.

ART. 24 EINLAGEN ZUR ERHÖHUNG DES ALTERSGUTHABENS

- 1 Vor der Pensionierung kann sich der Aktiv-Versicherte, dessen Altersguthaben unter dem Richtwert liegt, mittels persönlicher Einlagen in die vollen reglementarischen Vorsorgeleistungen einkaufen; die Einlagen werden seinem Altersguthaben gutgeschrieben. Die Zahlungen müssen spätestens einen Monat vor der Pensionierung bei der Pensionskasse eintreffen. Der Arbeitgeber kann sich ganz oder teilweise an den Einlagen beteiligen.
- 2 Die maximal möglichen Einlagen ergeben sich aus der Tabelle III im Abschnitt «Versicherungstechnische Tabellen». Die Einlagen werden wie folgt begrenzt:
 - a) Der Höchstbetrag der Einkaufssumme reduziert sich um ein Guthaben in der Säule 3a soweit dieses die vom Bundesamt für Sozialversicherung gestützt auf Art. 60a Abs. 2 BVV 2 herausgegebenen Tabellenwerte übersteigt;
 - b) Hat ein Mitglied Freizügigkeitsguthaben, welche es nicht in die Vorsorgeeinrichtung einbringen musste, reduziert sich der Höchstbetrag der Einkaufssumme um den Betrag dieser Guthaben;
 - c) Der Höchstbetrag reduziert sich um Vorbezüge für die Wohneigentumsförderung, welche gemäss Abs. 5 nicht mehr zurückbezahlt werden können;
 - d) Für Personen, die aus dem Ausland zuziehen und die nie einer Vorsorgeeinrichtung in der Schweiz angehört haben, reduziert sich die jährliche Einkaufssumme in den ersten fünf Jahren auf 20 Prozent der versicherten Besoldung. Nach Ablauf der fünf Jahre kann sich das Mitglied voll in die reglementarischen Leistungen einkaufen.
- 3 Tritt ein Aktiv-Versicherter nach dem zurückgelegten 60. aber vor Vollendung des 65. Altersjahres vom Dienst zurück oder wird er auf einen solchen Zeitpunkt hin entlassen und pensioniert, kann er im Zeitpunkt der Pensionierung zusätzlich zu den ordentlich möglichen Einlagen eine Einlage in der Höhe leisten, woraus die gleiche Altersrente resultiert, die im Vorsorgeplan Standard als Leistungsziel gemäss den Versicherungstechnischen Tabellen bei Vollendung des 65. Altersjahres resultieren würde. Für eine allfällige Überbrückungsrente nicht benötigte Teile des Zusatzsparkontos werden angerechnet. Die Einkaufsbeschränkungen gemäss Abs. 2 gelten sinngemäss. Der Arbeitgeber kann sich insbesondere im Rahmen von Sozialplänen an diesen Einlagen ganz oder teilweise beteiligen.
- 4 Wurden Einlagen getätigt, dürfen die daraus resultierenden Leistungen innerhalb der nächsten drei Jahre nicht in Kapitalform aus der Pensionskasse zurückgezogen werden.
- 5 Wurden Vorbezüge für die Wohneigentumsförderung (WEF) getätigt, so dürfen vom Aktiv-Versicherten bis zum 57. Altersjahr Einlagen erst vorgenommen werden, wenn die Vorbezüge zurückbezahlt sind. Nach vollendetem 57. Altersjahr wird der mögliche Einkaufsbetrag um den Vorbezug für Wohneigentum reduziert.

- 6 Von den Begrenzungen ausgenommen sind Wiedereinkäufe nach einer Ehescheidung.
- 7 Der Aktiv-Versicherte muss die steuerliche Abzugsfähigkeit bei der zuständigen Steuerbehörde selber abklären.

ART. 25 ZUSATZSPARKONTO

- 1 Aktiv-Versicherte können ab dem massgeblichen Alter 41 ein Zusatzsparkonto eröffnen zur Vorfinanzierung der Überbrückungsrente nach Art. 40 dieses Reglements. Sie haben der Pensionskasse schriftlich mitzuteilen, in welchem Alter sie sich pensionieren lassen wollen.
- 2 Die Eröffnung eines Zusatzsparkontos ist jedoch nur möglich, wenn der Aktiv-Versicherte
 - a) in seinem Vorsorgeplan keine Einkaufsmöglichkeit mehr hat;
 - b) Vorbezüge zur Finanzierung von Wohneigentum vollständig zurückbezahlt hat oder wenn er das 57. Altersjahr vollendet hat.
- 3 Das Zusatzsparkonto wird durch Einlagen des Aktiv-Versicherten geöffnet. Es müssen jedoch immer zuerst die im Vorsorgeplan vorgesehenen Einkaufsmöglichkeiten ausgenützt werden. Es wird zum selben Satz verzinst wie die Altersguthaben. Nach Erreichen des gemäss Abs. 1 vereinbarten Rentenalters endet die Einlagemöglichkeit in das Zusatzsparkonto.
- 4 Die maximalen Einlagen ergeben sich aus der Tabelle VIII im Abschnitt «Versicherungstechnischen Tabellen».
- 5 Der Aktiv-Versicherte kann das Zusatzsparkonto jederzeit zugunsten des Altersguthabens auflösen, sofern eine Einkaufsmöglichkeit gemäss Tabelle III des Abschnitts «Versicherungstechnische Tabellen» besteht.

ART. 26 VERWENDUNG DES ZUSATZSPARKONTOS

- 1 Das Guthaben auf dem Zusatzsparkonto wird zusätzlich zu den anderen gemäss diesem Vorsorgereglement bestimmten Leistungen ausgerichtet und wie folgt ausbezahlt:
 - a) Beim Altersrücktritt: an die versicherte Person, nach deren Wahl als Überbrückungsrente oder in Kapitalform, dabei gilt Art. 24 Abs. 5 sinngemäss;
 - b) Bei Invalidität gemäss Art. 41 ff. dieses Reglements in Kapitalform an die versicherte Person;
 - c) Bei Tod: an den Ehepartner; bei dessen Fehlen an die Anspruchsberechtigten des Todesfallkapitals nach Art. 58 dieses Reglements, in Kapitalform;
 - d) Beim Austritt: als Austrittsleistung gemäss Art. 61 ff.;
 - e) Bei einem WEF-Vorbezug oder einer Auszahlung infolge Scheidung wird zuerst das Guthaben des Zusatzsparkontos verwendet.

- f) Bei einer Weiterbeschäftigung über das vereinbarte Pensionierungsalter hinaus kann der Aktiv-Versicherte nach Ausschöpfung aller anderen Möglichkeiten (freiwilliger Einkauf, Wechsel zu Vorsorgeplan Plus usw.) zur Vermeidung eines Überschreitens des Leistungsziels um mehr als 5% seine Arbeitnehmerbeiträge über das Zusatzsparkonto finanzieren.
- 2 Bei Weiterbeschäftigung nach dem gemäss Art. 25 Abs. 1 vereinbarten Rentenalter verfällt das Zusatzguthaben zugunsten der Pensionskasse soweit die Altersleistung das reglementarische Leistungsziel um mehr als 5% überschreitet.

ART. 27 DECKUNGSGRAD

Der Deckungsgrad der Pensionskasse wird gemäss Art. 44 BVV2 berechnet. Die Zielgrösse des Deckungsgrades beträgt 115%. Diese Zielgrösse ist periodisch mit einer Risikofähigkeitsanalyse zu überprüfen.

ART. 28 MASSNAHMEN BEI UNTERDECKUNG

Liegt der Deckungsgrad per 30. September unter 100%, müssen auf den 1. Januar des Folgejahres Massnahmen zur Behebung der Unterdeckung gemäss Art. 11, 14 und 15 PKG sowie gemäss BVG ergriffen werden.

3. Versicherungsleistungen

► A Gemeinsame Bestimmungen

ART. 29 LEISTUNGEN

Die Leistungen der Pensionskasse umfassen:

- a) Alters- und Überbrückungsrenten;
- b) Invalidenrenten;
- c) Ehegattenrenten;
- d) Lebenspartnerrenten;
- e) Kinder- und Waisenrenten;
- f) Todesfallkapital;
- g) Indexzulagen.

ART. 30 GELTENDMACHUNG VON ANSPRÜCHEN

- 1 Aktiv-Versicherte, die Anspruch auf Pensionskassenleistungen erheben, haben ihrem Arbeitgeber rechtzeitig ein schriftliches Gesuch zuhanden der Pensionskasse einzureichen.

- 2 Bei einer Pensionierung oder Teilpensionierung invaliditätshalber hat der Arbeitgeber das Gesuch mit einem Antrag, dem entsprechenden Arztzeugnis und einer Kopie der Anmeldung bei der eidgenössischen Invalidenversicherung (IV) an die Pensionskasse zu leiten.

ART. 31 VERRECHNUNG AUSSTEHENDER BEITRÄGE

Stehen bei einem Versicherungsfall (Pensionierung, Invalidität, Tod) noch Beiträge und Raten aus, wird die Rente entsprechend gekürzt. Für Aktiv-Versicherte unter dem massgeblichen Alter 25 findet keine Kürzung statt.

ART. 32 FÄLLIGKEIT DER RENTEN

- 1 Die erste Monatsrente wird fällig für den Monat, der auf das den Rentenanspruch auslösende Ereignis folgt, die letzte für den Monat, in den das Ereignis fällt, welches die Rentenberechtigung aufhebt.
- 2 Die Renten werden, auf ganze Franken aufgerundet, zu Beginn des Fälligkeitsmonates ausbezahlt.
- 3 Die Verwaltung ist berechtigt, unterzeichnete Lebensbescheinigungen einzuholen.

ART. 33 BARABGELTUNG

- 1 Ist eine Alters- oder Invalidenrente kleiner als 10%, eine Ehegattenrente kleiner als 6%, Kinder- oder Waisenrenten kleiner als 2% der Mindestaltersrente der AHV, so wird das entsprechende Altersguthaben als Barabgeltung ausbezahlt.
- 2 Damit sind alle Ansprüche an die Pensionskasse abgegolten.

ART. 34 ÜBERVERSICHERUNG

- 1 Die Invaliden- und Hinterlassenenleistungen sowie Altersrenten, die aus einer Invalidenrente hervorgegangen sind, inklusive den Indexzulagen werden gekürzt, soweit sie zusammen mit anderen anrechenbaren Einkünften 90% des mutmasslich entgangenen Verdienstes übersteigen.
- 2 Als anrechenbare Einkünfte gelten Leistungen gleicher Art und Zweckbestimmung, die der anspruchsberechtigten Person aufgrund des schädigenden Ereignisses ausgerichtet werden, wie:
 - a) Leistungen der AHV, der IV, der obligatorischen Unfallversicherung (UV), der Militärversicherung (MV), ausländischer Sozialversicherungen;
 - b) Leistungen einer anderen Versicherung, für welche Arbeitgeber ganz oder teilweise Prämien bezahlen;
 - c) Leistungen aus der Haftpflicht von Arbeitgebern oder Dritten.

- 3 Nach Erreichen des AHV-Rentenalters gelten auch Altersleistungen in- und ausländischer Sozialversicherungen und Vorsorgeeinrichtungen als anrechenbare Einkünfte. Für die Überentschädigungsberechnung ist der unmittelbar vor dem Rentenalter mutmasslich entgangene Verdienst massgebend. Dieser Betrag muss dem Teuerungszuwachs zwischen Erreichen des Rentenalters und dem Berechnungszeitpunkt angepasst werden.
- 4 Kapitaleistungen im Sinne von Abs. 2 werden entsprechend den Bestimmungen der Pensionskasse in Renten umgerechnet.
- 5 Bezüchern von Invalidenleistungen wird das weiterhin erzielte oder in zumutbarer Weise noch erzielbare Erwerbs- oder Ersatzeinkommen angerechnet.
- 6 Nicht angerechnet werden das Zusatzeinkommen, welches während der Teilnahme an Massnahmen zur Wiedereingliederung nach Art. 8a des Bundesgesetzes über die Invalidenversicherung erzielt wird sowie Genugtuungsleistungen, Hilflosen- und Integritätsentschädigungen.
- 7 Die Voraussetzungen und der Umfang einer Kürzung werden überprüft und die Leistungen angepasst, wenn sich die Verhältnisse wesentlich ändern. Dabei werden Besoldungserhöhungen, die der Rentenbezüger bei fortlaufender Erwerbstätigkeit in der gleichen Position hätte erhalten können, sowie Leistungsveränderungen bei anderen Versicherungen berücksichtigt.
- 8 Wird bei einer Scheidung eine Invalidenrente oder eine Altersrente, die aus einer Invalidenrente hervorgegangen ist, geteilt, so wird der Rentenanteil, der dem berechtigten Ehegatten zugesprochen wurde, bei der Berechnung einer allfälligen Kürzung der Rente des verpflichteten Ehegatten weiterhin angerechnet.

ART. 35 VERLUST DER VERSICHERUNGSANSPRÜCHE

- 1 Die Pensionskasse kann ihre Leistungen im entsprechenden Umfang kürzen, wenn die AHV/IV ihre Leistungen kürzt, entzieht oder verweigert, weil die anspruchsberechtigte Person den Tod oder die Invalidität durch schweres Verschulden herbeigeführt hat oder sich einer Eingliederungsmassnahme der IV widersetzt.
- 2 Falls die obligatorische Unfallversicherung oder die Militärversicherung ihre Leistungen kürzt, entzieht oder verweigert, weil die anspruchsberechtigte Person den Tod oder die Invalidität durch schweres Verschulden herbeigeführt hat, kann die Pensionskasse ihre Leistungen im Überobligatorium im entsprechenden Umfang kürzen.

ART. 36 SCHADENERSATZFORDERUNGEN

- 1 Wer eine Hinterlassenen- oder Invalidenleistung beansprucht, hat seine Forderung gegen haftpflichtige Dritte bis zur Höhe der Leistungspflicht der Pensionskasse an

diese abzutreten. Die Leistungen werden solange aufgeschoben, bis die Abtretungserklärung vorliegt.

- 2 Von einem solchen Versicherungsfall ist der Pensionskasse unverzüglich Mitteilung zu machen, und es darf mit dem schadenersatzpflichtigen Dritten keine Vereinbarung ohne die Einwilligung der Pensionskasse abgeschlossen werden.
- 3 Die Anspruchsberechtigten haben die Pensionskasse in der Geltendmachung der Regressansprüche zu unterstützen. Weigern sie sich, so kann die Pensionskasse Versicherungsleistungen entsprechend kürzen oder einstellen.

► B Altersrenten

ART. 37 ALTERSRENTE

- 1 Aktiv-Versicherte haben Anspruch auf eine Altersrente, wenn sie nach dem zurückgelegten 60. Altersjahr von ihrem Dienst zurücktreten, spätestens bei Vollendung des 65. Altersjahrs.
- 2 Der Anspruch auf die Altersrente kann auf Gesuch hin längstens bis zur Vollendung des 70. Altersjahrs aufgeschoben werden, wenn und solange der Aktiv-Versicherte aus einem ununterbrochenen Arbeitsverhältnis bei einem angeschlossenen Arbeitgeber mindestens ein Erwerbseinkommen erzielt, das eine Beitrittspflicht gemäss Art. 4 begründet. Die Versicherung wird weiterhin gemäss den Tabellen im Abschnitt «Versicherungstechnische Tabellen» weitergeführt.
- 3 Die jährliche Altersrente ergibt sich als Produkt aus dem Altersguthaben und dem vom Rücktrittsalter abhängigen Umwandlungssatz.
- 4 Das Rücktrittsalter ist das Alter in Jahren und Monaten im Zeitpunkt des Rücktrittes, abgerundet auf ganze Monate.
- 5 Die altersabhängigen Umwandlungssätze werden nach versicherungstechnischen Grundsätzen von der Verwaltungskommission bestimmt und in Tabelle V des Abschnitts «Versicherungstechnische Tabellen» festgehalten.

ART. 38 TEILALTERSRENTE

- 1 Reduzieren Aktiv-Versicherte ihr Pensum nach zurückgelegtem 60. Altersjahr um mindestens 30% eines Vollzeitpensums, dann können sie die Ausrichtung einer Teilaltersrente verlangen. In diesem Fall wird das Altersguthaben entsprechend der Reduktion der versicherten Besoldung aufgeteilt. Aus dem der Reduktion entsprechenden Teil wird mit dem Umwandlungssatz die Teilaltersrente berechnet. Der verbleibende aktive Teil wird weitergeführt.
- 2 Es sind maximal zwei Teilaltersrücktritte möglich.

ART. 39**KAPITALAUSZAHLUNG**

- 1 Aktiv-Versicherte können beim Beginn einer Altersrente maximal die Hälfte ihres Altersguthabens als Kapitalauszahlung beziehen. Sie haben dies spätestens drei Monate vor der Pensionierung der Pensionskasse schriftlich mitzuteilen. Der gefällte Entscheid ist unwiderruflich. Die Altersleistungen werden entsprechend gekürzt. Vorbehalten bleibt die Bestimmung gemäss Bundesrecht.
- 2 Bei Ehepaaren ist die Kapitalauszahlung nur zulässig, wenn der Ehegatte schriftlich zustimmt.

ART. 40**ÜBERBRÜCKUNGSRENTE**

- 1 Hat ein Altersrentner noch keinen Anspruch auf eine ordentliche AHV-Altersrente, so wird eine Überbrückungsrente in der Höhe des Koordinationsbetrags nach Art. 18 Abs. 5 und 6 ausgerichtet. Das Mitglied kann ganz oder zur Hälfte auf diese Leistung verzichten. Der gefällte Entscheid ist unwiderruflich.
- 2 Die Überbrückungsrente wird gewährt, bis Anspruch auf die ordentliche AHV-Altersrente besteht, und mit einem lebenslänglichen Abzug von der Altersrente der Pensionskasse finanziert. Die Höhe des Abzuges wird in Tabelle VII des Abschnitts «Versicherungstechnische Tabellen» festgelegt.
- 3 Der Abzug von der Altersrente entfällt im Umfang der Vorfinanzierung der Überbrückungsrente über das Zusatzsparkonto.

► **C Invalidenrente****ART. 41****ANSPRUCH**

Aktiv-Versicherte haben Anspruch auf eine Invalidenrente, wenn sie im Sinne der eidgenössischen Invalidenversicherung mindestens zu 40% invalid sind und bei Eintritt der Arbeitsunfähigkeit, deren Ursache zur Invalidität geführt hat, bei der Pensionskasse versichert waren.

ART. 42**HÖHE**

- 1 Wenn das Altersguthaben am Ende des Kalenderjahres genau dem Richtwert des Vorsorgeplans Standard entspricht, beläuft sich die volle Invalidenrente auf 60% der versicherten Besoldung. Besteht eine Abweichung zwischen Altersguthaben am Ende des Kalenderjahres und Richtwert, so ergibt sich ein entsprechender positiver oder negativer Korrekturwert, der sich als Produkt aus dieser Abweichung und dem Umwandlungssatz für das Alter 65 errechnet. Die ganze Invalidenrente ist aber mindestens so hoch wie ein allfälliger Anspruch auf eine sofort beginnende Altersrente im Zeitpunkt des Anspruchsbeginns auf die Invalidenrente.

- 2 Die Höhe der Invalidenrente wird in Abhängigkeit vom durch die IV bestimmten Invaliditätsgrad wie folgt festgelegt:

INVALIDITÄTSGRAD MINDESTENS:	HÖHE DER INVALIDENRENTE:
40%	Viertelrente
50%	halbe Rente
60%	Dreiviertelrente
70%	ganze Rente

- 3 Bei einer Teilzeitbeschäftigung wird die Höhe der Invalidenrente gemäss der im Verfügungsteil 2 des IV-Entscheides festgelegten prozentualen Einschränkung der versicherten Tätigkeit analog zu Abs. 2 berechnet.
- 4 Bei einer Änderung des IV-Entscheides wird die Invalidenrente entsprechend angepasst.

ART. 43**HÄRTEFÄLLE**

- 1 In Härtefällen kann die Vorsorgekommission bei einem Invaliditätsgrad zwischen 20% und 40% maximal eine Viertelrente zusprechen. Sie legt die Höhe der Rente auf Antrag der Verwaltung fest. Sie kann jederzeit eine ärztliche Untersuchung anordnen und gegebenenfalls den Invaliditätsgrad neu bestimmen.
- 2 Weigert sich ein Mitglied, sich einer ärztlichen Untersuchung zu unterziehen, werden die Leistungen eingestellt.

ART. 44**BEGINN UND ENDE**

- 1 Invaliditätsgrad sowie Beginn und Veränderung des Invalidenanspruchs richtet sich sinngemäss nach den Vorschriften der eidgenössischen Invalidenversicherung (IV).
- 2 Der Anspruch auf eine Invalidenleistung beginnt mit dem Anspruch auf Rentenleistung der IV. Der Anspruch wird bis zum Ende der Lohnfortzahlung oder der Taggeldzahlung in der Höhe von mindestens 80 Prozent der Besoldung aufgeschoben. Die Taggeldversicherung muss vom Arbeitgeber mindestens zur Hälfte finanziert worden sein.
- 3 Ist der Invaliditätsgrad oder der definitive Beginn der Invalidenrente von der IV noch nicht definitiv festgelegt, kann die Pensionskasse eine provisorische Rente auszahlen. Die Höhe dieser Rente wird von der Verwaltung festgelegt. Dabei kann sie höchstens eine halbe Rente zusprechen. Ergibt sich aufgrund der Abklärungen der IV-Stelle gegenüber den Annahmen der provisorischen Rente ein anderer Invaliditätsgrad, werden berechnete Ansprüche rückwirkend ausbezahlt. Zu Unrecht bezogene Leistungen müssen zurückbezahlt werden.

- Die Invalidenrente erlischt mit dem Wegfall der Invalidität oder mit dem Tod des Rentners. Mit Erreichen des ordentlichen AHV-Alters wird die Invalidenrente durch eine Altersrente gleicher Höhe abgelöst.

ART. 45

TEILINVALIDITÄT

- Bei Aktiv-Versicherten, die teilinvalid sind, wird der Anteil des Altersguthabens, welcher der Rente entspricht, aus der Aktiv-Versicherung ausgebucht und dem Invalidenteil zugewiesen. Das Altersguthaben des Invalidenteils wird für den Fall der Reaktivierung gemäss Art. 21 Abs. 3 weitergeführt.
- Treten Teilinvalide mit ihrem aktiven Teil aus der Pensionskasse aus, erhalten sie auf dem bei der Berechnung der Rente nicht berücksichtigten Teil der versicherten Besoldung die Freizügigkeitsleistung gemäss Art. 61.

► D Ehegattenrente

ART. 46

ANSPRUCH

- Stirbt ein Aktiv-Versicherter, ein Altersrentner oder ein Invalidenrentner, so hat die Ehepartnerin Anspruch auf eine Ehegattenrente, wenn sie:
 - ein Kind oder mehrere Kinder gemäss Art. 55 Abs. 3 hat oder
 - das 45. Altersjahr zurückgelegt hat und die Ehe mindestens fünf Jahre gedauert hat. Haben die gleichen Personen vor der Eheschliessung in einer partnerschaftlichen Lebensgemeinschaft gemäss Art. 51 gelebt, wird diese Dauer angerechnet.

In Härtefällen kann die Verwaltungskommission eine Ehegattenrente zusprechen.

- Erfüllt die Witwe keine dieser Voraussetzungen, wird ihr eine einmalige Abfindung in der Höhe von drei anwartschaftlichen Jahresrenten bis zum 30. Altersjahr beziehungsweise vier anwartschaftlichen Jahresrenten nach zurückgelegtem 30. Altersjahr ausbezahlt. Damit sind alle Ansprüche an die Pensionskasse abgegolten.

ART. 47

HÖHE

- Die Ehegattenrente beträgt zwei Drittel der laufenden Rente oder der anwartschaftlichen Invalidenrente.
- Beim Tod eines Rentners erhält die überlebende Ehepartnerin noch während dreier Monate die bisherige Rente (Rentennachgenuss).

ART. 48

BEGINN UND ENDE

- Die Ehegattenrente beginnt mit dem Wegfall der Besoldung bzw. des Besoldungsnachgenusses oder der Rente des verstorbenen Mitgliedes bzw. des Rentennachgenusses.
- Die Ehegattenrente wird ausbezahlt bis zum Ende des Monats, in dessen Verlauf die anspruchsberechtigte Person stirbt oder wieder heiratet.
- Bei einer Wiederverheiratung wird eine einmalige Abfindung in der Höhe von drei Ehegatten-Jahresrenten ausbezahlt. Damit sind alle Ansprüche an die Pensionskasse abgegolten.

ART. 49

KÜRZUNG DER EHEGATTENRENTE

Ist die überlebende Ehepartnerin mehr als zehn Jahre jünger als der verstorbene Ehepartner, dann wird die Ehegattenrente für jedes volle Jahr über diesen Unterschied hinaus um 2% ihres Betrages gekürzt. Die Kürzung bleibt aus, soweit vor dem 1. Januar 1992 Einstandsgeld geleistet wurde.

ART. 50

GESCHIEDENE EHE

- Stirbt ein Aktiv-Versicherter, ein Altersrentner oder ein Invalidenrentner, so sind die geschiedenen Ehepartnerinnen den verwitweten gleichgestellt, sofern die Ehe mindestens zehn Jahre gedauert hat und
 - falls die Ehe nach dem 1.1.2017 geschieden wurde:
dem geschiedenen Ehegatten bei der Scheidung eine Rente nach Art. 124e Abs. 1 oder Art. 126 Abs. 1 ZGB (bzw. bei der gerichtlichen Auflösung der eingetragenen Partnerschaft) eine Rente nach Art. 124e Abs. 1 ZGB oder Art. 34 Abs. 2 und 3 des Partnerschaftsgesetzes zugesprochen wurde bzw.
 - falls die Ehe vor dem 1.1.2017 geschieden wurde:
dem geschiedenen Ehegatten im Scheidungsurteil eine Rente oder eine Kapitalabfindung für eine lebenslängliche Rente zugesprochen wurde.
- Die Rente wird um jenen Betrag gekürzt, um den sie zusammen mit den Leistungen der übrigen Versicherungen, insbesondere der AHV und IV, den Anspruch aus dem Scheidungsurteil übersteigt.
- Eine Rente wird nur solange ausbezahlt wie gemäss Scheidungsurteil eine Unterhaltszahlung zugesprochen wurde.

► E Lebenspartnerrente

ART. 51	ANSPRUCH
1	Stirbt ein Aktiv-Versicherter, ein Altersrentner oder ein Invalidenrentner, so hat der Lebenspartner gleichen oder verschiedenen Geschlechts auf Antrag Anspruch auf eine Lebenspartnerrente, sofern folgende Bedingungen kumulativ erfüllt sind: <ol style="list-style-type: none">die gegenseitige Unterstützungspflicht wurde auf dem Formular «Unterstützungsvertrag» der Pensionskasse schriftlich vereinbart und der Pensionskasse vor einer Pensionierung alters- oder invaliditätshalber eingereicht;beide Partner sind weder verheiratet noch eingetragene Partner und zwischen ihnen besteht keine Verwandtschaft ersten, zweiten oder dritten Grades;der überlebende Lebenspartner bezieht keine Hinterlassenenleistung einer anderen Vorsorgeeinrichtung;der überlebende Lebenspartner hat das 45. Altersjahr zurückgelegt und die Lebensgemeinschaft hat zum Zeitpunkt des Todes nachweisbar mindestens fünf Jahre ununterbrochen bestanden.
2	Muss der überlebende Lebenspartner für den Unterhalt eines oder mehrerer gemeinsamer Kinder aufkommen, so entfallen die Bedingungen gemäss Abs. 1 lit. d.
3	Der Antrag auf eine Leistung ist spätestens drei Monate nach dem Tod des Versicherten einzureichen.

ART. 52	HÖHE
	Die Lebenspartnerrente beträgt 50% der laufenden Rente oder der anwartschaftlichen Invalidenrente.

ART. 53	BEGINN UND ENDE
1	Die Lebenspartnerrente beginnt mit dem Wegfall der Besoldung bzw. eines allfälligen Besoldungsnachgenusses oder der Rente des verstorbenen Mitgliedes.
2	Die Lebenspartnerrente wird ausbezahlt bis zum Ende des Monats, in dessen Verlauf die anspruchsberechtigte Person stirbt, heiratet, eine eingetragene Partnerschaft eingeht oder mit einem neuen Lebenspartner einen Unterstützungsvertrag eingeht.

ART. 54	KÜRZUNG DER LEBENSPARTNERRENTE
	Ist der überlebende Lebenspartner mehr als 10 Jahre jünger als der verstorbene Lebenspartner, dann wird die Lebenspartnerrente für jedes volle Jahr über diesen Unterschied hinaus um 3% ihres Betrages gekürzt.

► F Kinder- und Waisenrenten

ART. 55	ANSPRUCH
1	Bezüger einer Altersrente oder einer Invalidenrente haben für jedes Kind, das im Falle ihres Todes Anspruch auf eine Waisenrente hätte, Anspruch auf eine Kinderrente.
2	Die Kinder eines verstorbenen Aktiv-Versicherten, eines verstorbenen Bezügers einer Alters- oder Invalidenrente haben Anspruch auf eine Waisenrente.
3	Als Kinder gelten eheliche, anerkannte, richterlich zugesprochene und adoptierte Kinder sowie Pflegekinder, die vor der Rentenberechtigung zu unentgeltlicher und dauernder Pflege und Erziehung aufgenommen worden sind.

ART. 56	HÖHE
1	Die Kinderrente beträgt für jedes anspruchsberechtigte Kind 15% der laufenden Rente.
2	Die Waisenrente beträgt 15% der massgebenden Alters- resp. Invalidenrente oder der anwartschaftlichen Invalidenrente. Vollwaisen werden doppelte Waisenrenten ausgerichtet.

ART. 57	BEGINN UND ENDE
1	Der Anspruch auf Kinderrenten beginnt mit der Fälligkeit der Alters- und Invalidenrente. Der Anspruch auf Waisenrenten beginnt mit dem Wegfall der Besoldung bzw. des Besoldungsnachgenusses oder der Rente des verstorbenen Mitgliedes.
2	Die Kinderrenten und Waisenrenten enden mit dem Monat in dessen Verlauf das Kind das 18. Altersjahr vollendet oder mit dem Todesmonat des Kindes.
3	Für Kinder und Waisen, die in Ausbildung stehen oder zu mindestens 50% invalid sind, besteht ein Anspruch auf Kinderrente bzw. Waisenrente bis zur Beendigung der Ausbildung oder solange die Invalidität andauert, längstens jedoch bis zum Monat, in dessen Verlauf sie das 25. Altersjahr vollenden.

► G Todesfallkapital

ART. 58	TODESFALLKAPITAL
1	Werden beim Tod eines Aktiv-Versicherten keine Rentenleistungen ausser Waisenrenten und keine Abfindungen gemäss Art. 46 Abs. 2 erbracht, so richtet die Pensionskasse auf Antrag an die Anspruchsberechtigten ein Todesfallkapital aus, das aber das Altersguthaben der verstorbenen Person nicht übersteigen darf. Dieses entspricht:

- a) für die waisenrentenberechtigten Kinder gemäss Art. 55 Abs. 3 insgesamt drei anwartschaftliche Ehegattenjahresrenten vermindert um das Deckungskapital der Waisenrenten;
 - b) für natürliche Personen beim Fehlen von Ansprüchen gemäss lit. a, die von der versicherten Person bis zum Zeitpunkt des Todes während mindestens fünf Jahren ununterbrochen massgeblich unterstützt wurden, insgesamt eine anwartschaftliche Ehegattenjahresrente;
 - c) für die nicht waisenrentenberechtigten Kinder oder die Eltern beim Fehlen von Ansprüchen gemäss lit. a und b insgesamt eine anwartschaftliche Ehegattenjahresrente.
- 2 Die Anspruchsberechtigung nach Abs. 1 lit. b ist nur dann gegeben, wenn die versicherte Person der Pensionskasse zu Lebzeiten die begünstigten Personen schriftlich auf dem Formular «Begünstigte Personen» gemeldet hat.
 - 3 Der Antrag auf eine Leistung ist spätestens drei Monate nach dem Tod des Versicherten einzureichen.
 - 4 Besteht kein Anspruch auf eine Rentenleistung oder auf ein Todesfallkapital gemäss Abs. 1, so richtet die Pensionskasse ein Sterbegeld von CHF 5'000.- aus.

► H Indexzulagen

ART. 59 INDEXFONDS

- 1 Der Indexfonds dient zur Finanzierung von zusätzlichen Indexzulagen auf den Renten. Er wird entsprechend den Bestimmungen des Pensionskassengesetzes aus Stabilisierungsbeiträgen der Arbeitgeber und allenfalls aus freien Mitteln der Pensionskasse geüfnet.
- 2 Das Fondsvermögen wird mit dem Zinssatz der Altersguthaben der Aktiv-Versicherten verzinst.

ART. 60 INDEXZULAGEN

- 1 Die am 1. Januar 2014 laufenden Indexzulagen gleichen die Basisrenten bis zum Basisjahr 2000 auf den Indexstand des Landesindex der Konsumentenpreise vom September 2001 aus.
- 2 Die Pensionskasse gleicht die zusätzliche Entwertung der Basisrente nach den finanziellen Möglichkeiten des Indexfonds aus. Die Verwaltungskommission entscheidet jährlich über die Indexzulagen. Im Basisjahr und im folgenden Jahr werden keine Indexzulagen ausgerichtet. Bei einer Unterdeckung der Pensionskasse werden keine zusätzlichen Indexzulagen ausgerichtet.

- 3 Bei der Berechnung der Indexzulage wird auf den Landesindex der Konsumentenpreise im September des Basisjahres abgestellt.
- 4 Als Basisjahr gilt:
 - a) bei den Alters- und Invalidenrenten das Rücktrittsjahr;
 - b) bei Ehegattenrenten, wenn die versicherte Person:
 - i. als Aktiv-Versicherte stirbt, ihr Todesjahr;
 - ii. als Rentner stirbt, das Basisjahr der Alters- oder der Invalidenrente;
 - c) bei Kinder- und Waisenrenten das Basisjahr der Rente der versicherten Person oder ihr Todesjahr.
- 5 Kann die Pensionskasse die Entwertung der Basisrente mit den beschlossenen Indexzulagen nicht ausgleichen, so informiert sie die Arbeitgeber.

4. Austrittsleistungen

► A Austritt

ART. 61 AUSTRITT

- 1 Die Aktiv-Versicherten haben Anspruch auf eine Freizügigkeitsleistung, wenn die Versicherung gemäss Art. 7 Abs. 1 ohne Anspruch auf eine Versicherungsleistung endet.
- 2 Im Falle eines Austrittes werden drei Beträge ermittelt: Reglementarische Austrittsleistung, Mindestbetrag gemäss Art. 17 FZG und Altersguthaben gemäss Art. 15 BVG. Der höchste der drei Beträge wird als Austrittsleistung ausbezahlt.
- 3 Die reglementarische Austrittsleistung entspricht dem gesamten im Zeitpunkt des Austritts für das Mitglied vorhandenen Altersguthaben inklusive dem Zusatzsparkonto.
- 4 Der Mindestbetrag nach Art. 17 FZG umfasst:
 - a) die eingebrachte Freizügigkeitsleistung und die freiwilligen Einkäufe samt Zinsen;
 - b) die während der Beitragsdauer von den Aktiv-Versicherten bis zum 31. Dezember 1994 geleisteten Beiträge und Beitragsnachzahlungen ohne Zinsen und die ab 1. Januar 1995 geleisteten Sparbeiträge mit Zinsen samt einem Zuschlag von 4% pro massgeblichem Altersjahr ab 20. Altersjahr, höchstens aber von 100%. Haben Aktiv-Versicherte während einer gewissen Zeit nur Risikobeiträge geleistet, fallen diese ausser Betracht. Haben Aktiv-Versicherte während einer gewissen Zeit zu ihren eigenen Beiträgen auch die Arbeitgeberbeiträge bezahlt, so entfällt der Zuschlag für diese Beiträge;
 - c) den Saldo des Zusatzsparkontos.

Der Zinssatz in lit. a, lit. b und lit. c richtet sich nach dem FZG. Während der Dauer einer Unterdeckung wird er auf den Zinssatz für die Verzinsung der Altersguthaben reduziert.

- 5 Das Altersguthaben BVG stützt sich auf die gesetzlichen Grundlagen.
- 6 Ausstehende Beiträge werden mit der Freizügigkeitsleistung verrechnet.
- 7 Hat sich der Arbeitgeber am Eintrittsgeld beteiligt, so wird der entsprechende Anteil samt Zins von der Freizügigkeitsleistung abgezogen. Der Abzug verringert sich für jedes Beitragsjahr um einen Zehntel des vom Arbeitgeber übernommenen Betrages.
- 8 Die Freizügigkeitsleistung wird ab dem Austritt des Mitglieds mit dem BVG-Mindestzinssatz verzinst. Die Pensionskasse entrichtet ab dem 31. Tag, nachdem sie alle notwendigen Angaben zur Überweisung der fälligen Freizügigkeitsleistung erhalten hat, den bundesrechtlich vorgeschriebenen Verzugszins. Die Verzugszinspflicht beginnt frühestens 30 Tage nach dem Austritt.

ART. 62 ÜBERWEISUNG DER FREIZÜGIGKEITSLEISTUNG

Die Freizügigkeitsleistung wird der Vorsorgeeinrichtung überwiesen, zu welcher der Aktiv-Versicherte übertritt. Wenn das nicht möglich ist, hat sie der Pensionskasse mitzuteilen, in welcher bundesrechtlich zulässigen Form sie den Vorsorgeschutz erhalten will. Liegt nach sechs Monaten noch keine Mitteilung des Aktiv-Versicherten vor, so wird die Freizügigkeitsleistung gemäss Bundesrecht an die Auffangeinrichtung überwiesen.

ART. 63 BARAUSSAHLUNG DER FREIZÜGIGKEITSLEISTUNG

- 1 Aktiv-Versicherte können die Barauszahlung der Freizügigkeitsleistung verlangen, wenn:
 - a) sie die Schweiz endgültig verlassen, vorbehalten bleibt Art. 25f FZG;
 - b) sie eine selbständige Erwerbstätigkeit aufnehmen und der obligatorischen beruflichen Vorsorge nicht mehr unterstehen;
 - c) die Austrittsleistung weniger als ein Jahresbeitrag des Aktiv-Versicherten beträgt.
- 2 Bei Ehepaaren ist die Barauszahlung nur zulässig, wenn die Ehegattin schriftlich zustimmt.

► B Wohneigentumsförderung

ART. 64 WOHNEIGENTUMSFÖRDERUNG (WEF)

- 1 Aktiv-Versicherte können bis zum vollendeten 57. Altersjahr ihr Altersguthaben nach Massgabe der bundesrechtlichen Bestimmungen für Wohneigentum zum eigenen Bedarf einsetzen.
- 2 Die Pensionskasse führt über die bezogenen Leistungen individuelle Schuldenkonti. Die Schuld wird wie das Altersguthaben verzinst. Der Saldo des Schuldenkontos wird im Versicherungsfall vom Altersguthaben und beim Austritt von der Freizügigkeitsleistung des Aktiv-Versicherten abgezogen. Das BVG-Altersguthaben wird im Verhältnis Vorbezug zu Altersguthaben reduziert.

ART. 65 VORBEZUG

- 1 Der Mindestbetrag für den Vorbezug beträgt CHF 20'000.-. Dieser Mindestbetrag gilt nicht für den Erwerb von Anteilscheinen an Wohnbaugenossenschaften und von ähnlichen Beteiligungen.
- 2 Ein Vorbezug kann alle fünf Jahre geltend gemacht werden.
- 3 Aktiv-Versicherte dürfen bis zum 50. Altersjahr einen Betrag bis zur Höhe der Freizügigkeitsleistung beziehen. Aktiv-Versicherte, die das 50. Altersjahr überschritten haben, dürfen höchstens den grösseren der beiden nachfolgenden Beträge beziehen:
 - a) den im Alter 50 ausgewiesenen Betrag der Freizügigkeit, erhöht um die nach Alter 50 vorgenommenen Rückzahlungen und vermindert um den Betrag, der aufgrund von Vorbezügen oder Verpfändungen nach dem Alter 50 für das Wohneigentum eingesetzt worden ist.
 - b) die Hälfte der Differenz zwischen der Freizügigkeitsleistung im Zeitpunkt des Vorbezuges und der für das Wohneigentum in diesem Zeitpunkt bereits eingesetzten Freizügigkeitsleistungen.
- 4 Aktiv-Versicherte können diesen Betrag auch für den Erwerb von Anteilscheinen einer Wohngenossenschaft oder ähnlicher Beteiligungen verwenden, wenn sie eine dadurch mitfinanzierte Wohnung selber benutzen.
- 5 Ist der Antragssteller verheiratet, so ist der Bezug nur zulässig, wenn die Ehegattin schriftlich zustimmt.

ART. 66 RÜCKZAHLUNG

- 1 Eine Rückzahlung ist bis zum vollendeten 57. Altersjahr zulässig. Die Rückzahlung wird anteilmässig dem gleichen Konto gutgeschrieben, aus welchem der Vorbezug ausgebucht wurde.
- 2 Der Mindestbetrag für die Rückzahlung beträgt CHF 20'000.-.
- 3 Ist der ausstehende Vorbezug kleiner als der Mindestbetrag, so ist die Rückzahlung in einem einzigen Betrag zu leisten.

ART. 67 VERPFÄNDUNG

Der Anspruch auf Verpfändung richtet sich sinngemäss nach Art. 65 dieses Reglements.

► C Scheidung

ART. 68

SCHEIDUNG

- 1 Bei Ehescheidung werden die für die Ehedauer zu ermittelnden Austrittsleistungen gemäss Bestimmungen des Freizügigkeitsgesetzes berechnet. Mit dem Zusatzsparguthaben wird sinngemäss verfahren.
- 2 Die Pensionskasse führt über die bezogenen Leistungen individuelle Schuldenkonti. Die Schuld wird wie das Altersguthaben verzinst. Der Saldo des Schuldenkontos wird im Versicherungsfall vom Altersguthaben und beim Austritt von der Freizügigkeitsleistung des Aktiv-Versicherten abgezogen. Das BVG-Altersguthaben wird im Verhältnis Auszahlung zu Altersguthaben reduziert.
- 3 Die Pensionskasse hat nach der Ehescheidung dem verpflichteten Ehepartner die Möglichkeit zu gewähren, sich im Rahmen der übertragenen Austrittsleistung gemäss Art. 24 wieder einzukaufen. Der Wiedereinkauf wird anteilmässig dem gleichen Konto gutgeschrieben, aus welchem die übertragene Austrittsleistung ausgebucht wurde.
- 4 Der Vorsorgeausgleich bei Scheidung nach Eintritt des Vorsorgefalles wird in Tabelle IX des Abschnitts «Versicherungstechnische Tabellen» geregelt.

5. Organisation und Verwaltung

ART. 69

VERWALTUNGSKOMMISSION

- 1 Die Verwaltungskommission ist das oberste Organ der Pensionskasse. Sie setzt sich aus 10 Mitgliedern zusammen. Die Hälfte der Mitglieder wird von den Arbeitgebern ernannt und die andere Hälfte der Mitglieder wird von den Aktiv-Versicherten aus ihrem Kreis gewählt. Die Verwaltungskommission konstituiert sich selbst. Sie wählt gemäss Organisationsreglement jeweils aus der Vertretung der Arbeitgeber und der Vertretung der Arbeitnehmer einen Präsidenten und aus der jeweils anderen Seite einen Vizepräsidenten. Beide zusammen bilden das Präsidium.
- 2 Der Verwaltungskommission obliegt die Verwaltung der Pensionskasse nach Massgabe des vorliegenden Reglements. Sie kann einzelne Aufgaben an Kommissionen, Verwaltungsstellen und Ausschüsse delegieren und erlässt hierzu die notwendigen Richtlinien und Reglemente. Insbesondere regelt sie die Details der Organisation im Organisationsreglement. Die Verwaltungskommission entscheidet in allen die Pensionskasse betreffenden Fragen endgültig unter Wahrung der gesetzlichen und reglementarischen Bestimmungen. Sie beauftragt die Revisionsstelle und den Experten für berufliche Vorsorge.

- 3 Die Verwaltungskommission ernennt die Geschäftsführung. Diese besorgt die laufenden Geschäfte der Pensionskasse und nimmt an den Sitzungen der Verwaltungskommission mit beratender Stimme teil.

ART. 70

VERSICHERUNGSTECHNISCHE GRUNDLAGEN

- 1 Die Pensionskasse ist nach versicherungstechnischen Grundsätzen zu führen. Das finanzielle Gleichgewicht der Pensionskasse wird anhand von versicherungstechnischen Bilanzen geprüft, die gemäss dem Prinzip der geschlossenen Pensionskasse zu erstellen sind.
- 2 Die versicherungstechnischen Grundlagen und Bilanzen sind periodisch, mindestens alle fünf Jahre, durch einen ausserhalb der Verwaltung stehenden Experten für die berufliche Vorsorge überprüfen zu lassen. Ebenso ist bei jeder Änderung der Grundlagen für Leistungen und Beiträge die Stellungnahme des Experten für berufliche Vorsorge einzuholen.

6. Schlussbestimmungen

ART. 71

RECHTSPFLEGE

- 1 Streitigkeiten über die Anwendung oder die Auslegung dieses Reglements oder über Fragen, die durch dieses Reglement nicht ausdrücklich festgelegt sind, werden zuerst der Verwaltungskommission zur gütlichen Regelung vorgelegt.
- 2 Kann keine gütliche Regelung gefunden werden, ist der Rechtsweg beim zuständigen Gericht einzuschlagen. Gerichtsstand ist Schaffhausen.
- 3 Es gelten die Bestimmungen in Art. 73 und 74 BVG.

ART. 72

LÜCKEN IM REGLEMENT

In Fällen, in denen dieses Reglement oder das übergeordnete Recht keine zwingende Regelung enthalten, ist die Geschäftsführung der Pensionskasse befugt, eine dem Sinn und Zweck der beruflichen Vorsorge entsprechende Regelung zu treffen.

ART. 73

TEIL- UND GESAMTLIQUIDATION

- 1 Bei einer Teilliquidation gelten die Bestimmungen des Teilliquidationsreglements.
- 2 Bei einer Gesamtliquidation gelten die gesetzlichen Vorschriften.

ART. 74**KÜNFTIGE ÄNDERUNGEN**

- 1 Dieses Reglement kann im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften von der Verwaltungskommission jederzeit geändert werden. Das jeweilige Sparguthaben muss jedoch auch weiterhin für die Vorsorge verwendet werden. Bereits erworbene Ansprüche werden durch eine Reglementsänderung nicht mehr berührt.
- 2 Die Pensionskasse informiert die Aufsichtsbehörde über die Reglementsänderungen.

ART. 75**EINZELVERSICHERUNGEN**

- 1 Aktiv-Versicherte, die vor dem 1. Januar 1995 ausschliesslich als Einzelversicherungsmitglieder versichert und somit bei keinem angeschlossenen Arbeitgeber berufstätig waren, können diese Einzelversicherung weiterführen. Sie bezahlen die Aktiv-Versicherten- und die Arbeitgeberbeiträge gemäss Art. 12, 13 und 14 des Pensionskassengesetzes.
- 2 Die versicherte Besoldung kann jeweils auf den 1. Januar der Jahresteuierung angepasst werden. Massgebend ist der Landesindex der Konsumentenpreise im September des Vorjahres.
- 3 Für die Berechnung des Mindestbetrages nach Art. 17 FZG sind die als Einzelversicherungsmitglied bezahlten Beiträge nicht zuschlagsberechtigt.
- 4 Bei der Einzelversicherung handelt es sich um ein auslaufendes Modell von einem begrenzten Personenkreis. Ab dem 1. Januar 1995 sind neue Einzelversicherungen nicht mehr zulässig.

ART. 76**INKRAFTTRETEN**

- 1 Dieses Vorsorgereglement tritt am 1. Januar 2017 in Kraft und ersetzt das Vorsorgereglement vom 16. September 2015 (gültig ab 1. Januar 2016).

7. Versicherungstechnische Tabellen

I**HÖHE DER RISIKO- UND DER SPARBEITRÄGE**

Die Aktiv-Versicherten und die Arbeitgeber leisten unter Berücksichtigung von Art. 12 und 13 PKG folgende Beiträge in Prozent der versicherten Besoldung:

VORSORGEPLAN STANDARD:

Massgebliches Alter	AKTIV-VERSICHERTE			ARBEITGEBER
	Risikobeitrag	Sparbeitrag	Totalbeitrag	Risikobeitrag
18 - 24	0.8		0.8	1.20
				Sparbeitrag
25 - 30	2.0	6.0	8.0	9.50
31 - 35	2.0	7.0	9.0	10.75
36 - 40	2.0	8.0	10.0	12.25
41 - 45	2.0	9.0	11.0	13.75
46 - 50	2.0	10.0	12.0	15.00
51 - 55	2.0	11.0	13.0	16.25
ab 56	2.0	12.0	14.0	17.75

VORSORGEPLAN PLUS:

Massgebliches Alter	AKTIV-VERSICHERTE			ARBEITGEBER
	Risikobeitrag	Sparbeitrag	Totalbeitrag	Sparbeitrag
41 - 45	2.0	11.75	13.75	13.75
46 - 50	2.0	13.00	15.00	15.00
51 - 55	2.0	14.25	16.25	16.25
ab 56	2.0	15.75	17.75	17.75

II

HÖHE DER ALTERSGUTSCHRIFTEN

Am Ende eines Kalenderjahres oder bei Beendigung der Versicherungspflicht werden dem Alterssparkonto gemäss nachfolgender Tabelle die jährlichen Altersgutschriften in Prozent der versicherten Besoldung ohne Zinsen gutgeschrieben. Für Bruchteile von Jahren werden Zwischenwerte berechnet.

VORSORGEPLAN STANDARD		VORSORGEPLAN PLUS
Massgebliches Alter	Altersgutschrift	Altersgutschrift
25 - 30	15.50	
31 - 35	17.75	
36 - 40	20.25	
41 - 45	22.75	25.50
46 - 50	25.00	28.00
51 - 55	27.25	30.50
ab 56	29.75	33.50

III

HÖHE DER RICHTWERTE

Die Richtwerte der Altersguthaben am Ende des Kalenderjahres nach der Verbuchung der jährlichen Altersgutschriften und Zinsen sind in der folgenden Tabelle nach dem Alter der Aktiv-Versicherten in Prozent der versicherten Besoldung zusammengestellt:

VORSORGEPLAN		VORSORGEPLAN		VORSORGEPLAN			
Alter	Standard	Alter	Standard	Plus	Alter	Standard	Plus
25	16	39	256		53	623	663
26	31	40	277		54	654	698
27	46	41	300	303	55	686	733
28	60	42	323	329	56	720	771
29	75	43	346	355	57	754	809
30	90	44	370	381	58	789	848
31	107	45	393	407	59	824	887
32	125	46	418	435	60	859	926
33	142	47	446	466	61	894	966
34	159	48	474	497	62	930	1005
35	176	49	502	528	63	965	1045
36	196	50	530	560	64	1001	1086
37	215	51	561	594	65-70	1038	1126
38	235	52	592	628			

IV

MODELLANNAHMEN

Die Vorsorgepläne basieren auf den folgenden Modellannahmen:

- Die massgebliche Differenz zwischen der Verzinsung und der jährlichen generellen Lohnerhöhung des Staatspersonals beträgt 1.25%.
- Modellmässige Besoldungsentwicklung in Prozent:

MASSGEBLICHES ALTER	BESOLDUNGS-ENTWICKLUNG	MASSGEBLICHES ALTER	BESOLDUNGS-ENTWICKLUNG
25 - 28	3.00	37 - 45	1.10
29 - 36	1.70	46 - 64	0.60

Die Erhöhung bezieht sich auf die versicherte Besoldung und ist auf den ersten Januar nach Vollendung des entsprechenden Altersjahres gerechnet.

V

HÖHE DER UMWANDLUNGSSÄTZE

- Der Umwandlungssatz in Prozent zur Bestimmung der jährlichen Rente ist der folgenden Tabelle zu entnehmen. Für Bruchteile von Jahren werden Zwischenwerte berechnet. Die Umwandlungssätze basieren auf den versicherungstechnischen Grundlagen VZ 2010 und einem technischen Zinssatz von 3%.

ALTER	UMWANDLUNGSSATZ	ALTER	UMWANDLUNGSSATZ
60	5.15	66	5.96
61	5.27	67	6.12
62	5.39	68	6.30
63	5.52	69	6.49
64	5.66	70	6.70
65	5.80		

- Den Aktiv-Versicherten mit Geburtsjahrgang 1956 oder älter werden die Umwandlungssätze auf den 31. Dezember 2013 gerechnet nach der folgenden Tabelle festgeschrieben. Zusätzlich wird dieser festgeschriebene Umwandlungssatz mit jedem Monat bis zur Pensionierung um 0.005 erhöht. Bei der Berechnung der Altersrente gilt dann der höhere der beiden Umwandlungssätze nach Abs.1 und Abs. 2.

ALTER	UMWANDLUNGSSATZ	ALTER	UMWANDLUNGSSATZ
57	5.22	63	5.97
58	5.34	64	6.11
59	5.46	65	6.27
60	5.58	66	6.43
61	5.70	67	6.61
62	5.83	68	6.79

VI HÖHE DER STABILISIERUNGSBEITRÄGE

- 1 Die Aktiv-Versicherten und die Arbeitgeber leisten in Übereinstimmung mit Art. 14 und 15 PKG folgende Stabilisierungsbeiträge in Prozent der versicherten Besoldung:

	DECKUNGSGRAD 100% BIS 115%	DECKUNGSGRAD UNTER 100%
Aktiv-Versicherte	0	max. 0.5
Arbeitgeber	3.0	4.0

- 2 Pro Senkung des Zinssatzes für die Verzinsung der Altersguthaben der Aktiv-Versicherten um 0.25% unter den vom Bundesrat beschlossenen Mindestzinssatz wird der Stabilisierungsbeitrag der Arbeitgeber um 0,9% erhöht. Der zusätzliche Stabilisierungsbeitrag der Arbeitgeber beträgt höchstens 3,6%.

VII ABZÜGE FÜR ÜBERBRÜCKUNGSRENTEN

Der lebenslange Abzug an der monatlichen Altersrente in Prozenten der monatlichen Überbrückungsrente ist der folgenden Tabelle zu entnehmen. Für Bruchteile von Jahren werden Zwischenwerte berechnet.

BEZUGSDAUER	ABZUG	BEZUGSDAUER	ABZUG
5 Jahre	23.00	2 Jahre	10.50
4 Jahre	19.50	1 Jahr	5.50
3 Jahre	15.00		

VIII VORFINANZIERUNG DER ÜBERBRÜCKUNGSRENTE

- 1 Das maximal zulässige Sparguthaben im Zusatzkonto zur Vorfinanzierung der Überbrückungsrente entspricht dem Barwert der ganzen Überbrückungsrente gemäss Art. 40 entsprechend des vereinbarten Pensionierungsalters.
- 2 Der Barwert der Überbrückungsrente gemäss Abs. 1 berechnet sich aus dem Koordinationsbetrag multipliziert mit den in der folgenden Tabelle angegebenen Faktoren. Für Bruchteile von Jahren werden Zwischenwerte berechnet.

PENSIONIERUNGSAALTER		DAUER DER ÜBERBRÜCKUNGSRENTE	FAKTOR
MANN	FRAU		
60		5 Jahre	4.466
61	60	4 Jahre	3.646
62	61	3 Jahre	2.793
63	62	2 Jahre	1.905
64	63	1 Jahr	0.976

IX SCHEIDUNG IM VORSORGEFALL (VORSORGEAUSGLEICH)

Die nachfolgenden Bestimmungen regeln das Vorgehen, wenn im Zeitpunkt der Scheidung der Vorsorgefall schon eingetreten ist.

- Teilung der Rente durch das Gericht (Art 124a ZGB):
Liegt ein Gerichtsentscheid über die Teilung der Rente vor, dann erfolgt die Herabsetzung der laufenden Invaliden- oder Altersrente sowie die Festsetzung der Rente an den berechtigten Ehegatten/die berechnigte Ehegattin nach dem Scheidungsurteil beziehungsweise nach Bundesrecht.
Die Invaliden- oder Altersrente nach BVG wird anteilmässig herabgesetzt.
- Kinder- und Waisenrenten:
Kinderrenten, auf die im Zeitpunkt der Einleitung des Scheidungsverfahrens Anspruch bestand, werden als Folge der Scheidung nicht herabgesetzt. Später entstehende Kinderrenten werden aufgrund der herabgesetzten Alters- oder Invalidenrente bestimmt. Wurde eine Kinderrente vom Vorsorgeausgleich nicht berührt, dann wird eine allfällige spätere Waisenrente auf der gleichen Grundlage berechnet.
- Anpassung der Invalidenrente bei Übertragung einer Austrittsleistung (Art. 19 BVV2):
Ist bei einer laufenden Invalidenrente eine Austrittsleistung zu übertragen, wird die Invalidenrente um den Betrag gekürzt, um den sie tiefer ausfällt, wenn ihrer Berechnung (gemäss reglementarischen Bestimmungen bei Rentenbeginn) ein um den zu übertragenden Teil der Austrittsleistung vermindertes Altersguthaben zugrunde gelegt worden wäre. Die Kürzung der Invalidenrente darf im Verhältnis zur bisherigen Invalidenrente nicht grösser sein als der übertragene Teil der Austrittsleistung im Verhältnis zur gesamten Austrittsleistung.
Die Invalidenrente wird ab dem Zeitpunkt, an dem das Scheidungsurteil rechtskräftig wird, herabgesetzt. Bei Erreichen des ordentlichen Rentenalters während des Scheidungsverfahrens erfolgt die Herabsetzung ab diesem Zeitpunkt.
Die Austrittsleistung bzw. das weitergeführte Altersguthaben des Invaliden wird um den überwiesenen Betrag herabgesetzt.
- Zusätzliche Kürzung der Austrittsleistung und der Rente einer invaliden Person bei Erreichen des ordentlichen Rentenalters während des Scheidungsverfahrens (Art. 19g FZV):
Bezieht der verpflichtete Ehegatte/die verpflichtete Ehegattin eine Invalidenrente und erreicht er/sie während des Scheidungsverfahrens das ordentliche Rentenalter, so wird die zu überweisende Austrittsleistung und die Rente zusätzlich um die zu viel bezahlten Renten gekürzt.
Die zu viel bezahlten Renten entsprechen der Summe, um welche die Rentenzahlungen zwischen dem Erreichen des ordentlichen Rentenalters und der Rechtskraft des Scheidungsurteils tiefer ausgefallen wären, wenn ihrer Berechnung ein um den übertragenen Teil der Austrittsleistung vermindertes Guthaben zugrunde gelegt worden wäre. Die Kürzung wird je hälftig auf die beiden Ehegatten verteilt.

- 5 Vorgehen bei Eintritt des Vorsorgefalls Alter während des Scheidungsverfahrens (Art. 19g FZV):
Falls zwischen der Einleitung des Scheidungsverfahrens und der Scheidung der Anspruch auf eine Altersrente entsteht und ein Teil des Altersguthabens an den berechtigten Ehegatten/die berechnete Ehegattin überwiesen werden muss, dann erfolgt als Folge der Scheidung eine rückwirkende Neuberechnung der Altersrente. Diese wird mit dem Umwandlungssatz mit dem die Altersrente bei Entstehen des Anspruchs berechnet wurde und mit dem um den gemäss Scheidungsurteil auszahlenden Betrag reduzierten Altersguthaben berechnet.
Die ab Beginn des Anspruchs bis zur Rechtskraft des Scheidungsurteils zu viel ausbezahlten Renten, die sich aus der Differenz zwischen der zuerst berechneten und der neu berechneten Altersrente ergeben, werden je zur Hälfte dem anspruchsberechtigten Ehegatten/der anspruchsberechtigten Ehegattin und dem verpflichteten Ehegatten/der verpflichteten Ehegattin belastet.
- 6 Kürzung der BVG-Invaliden- und BVG-Altersrente (Mindestleistungen):
Musste eine Austrittsleistung überwiesen werden, dann wird die BVG-Invaliden- und BVG Altersrente um den ausbezahlten Anteil des Altersguthabens nach BVG, multipliziert mit dem Umwandlungssatz nach BVG mit dem die Invaliden- oder Altersrente berechnet wurde, herabgesetzt.
Wird eine Invaliden- oder Altersrente ohne Übertrag einer Austrittsleistung reduziert, wird die BVG-Invaliden- oder Altersrente anteilmässig herabgesetzt. Das weiterzuführende Altersguthaben des Invaliden wird um den ausbezahlten Teil herabgesetzt.
- 7 Kürzungsregel wegen zu viel bezahlter Renten bis zur Rechtskraft des Scheidungsurteils:
Zu viel ausbezahlte Invaliden- oder Altersrenten werden je zur Hälfte dem berechtigten und dem verpflichteten Ehegatten/der berechtigten und der verpflichteten Ehegattin belastet. Dem berechtigten Ehegatten/der berechtigten Ehegattin wird die Austrittsleistung entsprechend gekürzt. Die andere Hälfte der zu viel ausbezahlten Renten wird mit einer weiteren Herabsetzung der Rente ab dem Zeitpunkt der Rechtskraft der Scheidung dem verpflichteten Ehegatten/der verpflichteten Ehegattin belastet.
Der Herabsetzungsbetrag entspricht der Hälfte der zu viel ausbezahlten Renten multipliziert mit dem Umwandlungssatz für das Alter des verpflichteten Ehegatten/der verpflichteten Ehegattin im Zeitpunkt der Herabsetzung. Massgebend sind die reglementarischen Umwandlungssätze im Zeitpunkt des Entstehens des Anspruchs auf die Invaliden- oder Altersrente.
Fehlt ein Umwandlungssatz, weil das Alter des spätesten Altersrücktritts bereits überschritten ist, dann ergibt sich der für die Berechnung der Kürzung massgebende Umwandlungssatz indem der Umwandlungssatz für das höchste Rücktrittsalter für jedes weitere Altersjahr um die gleiche jährliche Differenz erhöht wird, wie vor dem höchsten Rücktrittsalter. Monate werden anteilmässig berücksichtigt.
- 8 Rentenanteile, die im Rahmen eines Vorsorgeausgleichs dem berechtigten Ehegatten/der berechtigten Ehegattin zugesprochen wurden:
Rentenanteile, die im Rahmen eines Vorsorgeausgleichs dem ausgleichsberechtigten Ehegatten/der ausgleichsberechtigten Ehegattin zugesprochen wurden, sind reine Leibrenten. Der Anspruch erlischt am Monatsende nach dem Tod des berechtigten Ehegatten/der berechtigten Ehegattin. Es besteht auf diesen Renten kein Anspruch auf anwartschaftliche Hinterlassenenleistungen.
Anstelle der Überweisung einer Rente kann mit dem berechtigten Ehegatten/der berechtigten Ehegattin auch die Überweisung einer Kapitalabfindung an dessen/deren Vorsorge- oder Freizügigkeitseinrichtung vereinbart werden. Die Höhe der Kapitalabfindung wird aufgrund der Barwert-Tabelle am Ende dieser Bestimmungen berechnet.
- 9 Anrechnung der Rentenanteile im Rahmen eines Vorsorgeausgleichs bei der Berechnung des maximalen einkaufbaren Altersguthabens (Art. 23 des Vorsorgeereglements):
Bei der Berechnung der maximalen möglichen freiwilligen Eintrittssumme reduziert sich diese um den Barwert der durch den Vorsorgeausgleich zugesprochenen Rente. Massgebend sind die Barwert-Tabelle am Ende dieser Bestimmungen und das Alter im Zeitpunkt der Berechnung der freiwilligen Eintrittsleistung. Dies gilt auch für den Fall, bei dem die Rente auf eine Freizügigkeitseinrichtung überwiesen wird.
- 10 Wiedereinkauf nach Scheidung:
Bezieht der verpflichtete Ehegatte/die verpflichtete Ehegattin im Zeitpunkt der Einleitung des Scheidungsverfahrens eine Invalidenrente vor dem ordentlichen Rentenalter, so besteht keine Möglichkeit des Wiedereinkaufs der ausbezahlten Austrittsleistung (Art. 22d FZG Abs. 2). Ebenfalls ist es nicht möglich, die Kürzung einer Invaliden- oder Altersrente durch den Vorsorgeausgleich mit einem Einkauf zu beheben.

BARWERT-TABELLE FÜR EINE RENTE VON CHF 1 PRO JAHR

x = effektives Alter des/der Berechtigten. Für Bruchteile von Jahren werden Zwischenwerte berechnet. Die Barwertfaktoren basieren auf den versicherungstechnischen Grundlagen VZ 2010 und einem technischen Zins von 3%.

X	MÄNNER	FRAUEN
17	28.692	29.291
18	28.544	29.157
19	28.393	29.018
20	28.239	28.876
21	28.081	28.731
22	27.920	28.581
23	27.755	28.427
24	27.585	28.269
25	27.411	28.106
26	27.231	27.938
27	27.046	27.766
28	26.856	27.588
29	26.659	27.406
30	26.456	27.217
31	26.246	27.024
32	26.028	26.824
33	25.804	26.618
34	25.573	26.407
35	25.334	26.189
36	25.088	25.965
37	24.835	25.735
38	24.575	25.498
39	24.307	25.254

X	MÄNNER	FRAUEN
40	24.032	25.004
41	23.749	24.747
42	23.459	24.482
43	23.161	24.211
44	22.855	23.932
45	22.542	23.646
46	22.220	23.351
47	21.891	23.049
48	21.554	22.739
49	21.209	22.421
50	20.855	22.095
51	20.493	21.759
52	20.122	21.416
53	19.744	21.063
54	19.357	20.701
55	18.963	20.331
56	18.561	19.951
57	18.152	19.563
58	17.736	19.165
59	17.314	18.760
60	16.885	18.346
61	16.451	17.924
62	16.012	17.495
63	15.567	17.059
64	15.119	16.616

X	MÄNNER	FRAUEN
65	14.666	16.167
66	14.208	15.712
67	13.747	15.249
68	13.282	14.779
69	12.813	14.301
70	12.339	13.815
71	11.860	13.321
72	11.377	12.819
73	10.893	12.312
74	10.410	11.803
75	9.930	11.293
76	9.453	10.784
77	8.982	10.276
78	8.515	9.771
79	8.054	9.269
80	7.598	8.770
81	7.145	8.273
82	6.700	7.781
83	6.265	7.299
84	5.847	6.833
85	5.447	6.384
86	5.067	5.956
87	4.710	5.550
88	4.376	5.167
89	4.066	4.808

X	MÄNNER	FRAUEN
90	3.781	4.473
91	3.521	4.162
92	3.285	3.873
93	3.071	3.605
94	2.875	3.357
95	2.695	3.127
96	2.530	2.914
97	2.376	2.715
98	2.233	2.530
99	2.098	2.356
100	1.966	2.191
101	1.834	2.033
102	1.700	1.879
103	1.567	1.732
104	1.437	1.593
105	1.311	1.461
106	1.191	1.337

Pensionskasse Schaffhausen

J. J. Wepfer-Strasse 6 CH-8200 Schaffhausen www.pksh.ch

T 052 632 72 23 info@pksh.ch

